

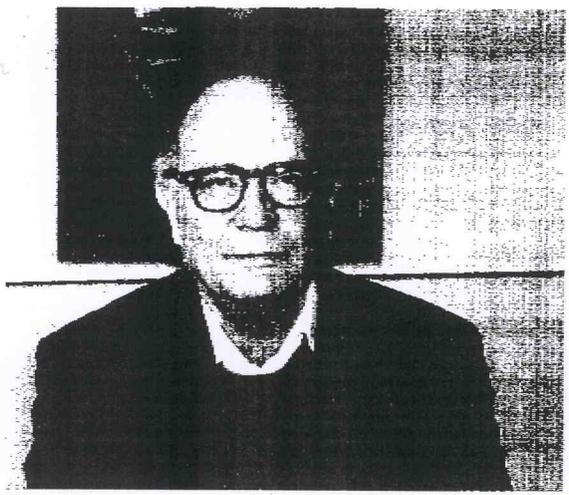
Interview – Otto Saurer, der Koordinator der Initiative, über das Sozialmanifest und die Forderung nach (noch) mehr Umverteilung

„Wir müssen handeln“

Ist es gerecht, hohe Einkommen noch stärker zu besteuern, oder wird damit der Leistungswille untergraben? **Kostet der Sozialstaat nicht eh bereits zu viel im Verhältnis zu dem, was er leistet?** Ein Gespräch mit Ex-Landesrat Otto Saurer, der auch über Neoliberalismus in Südtirol spricht.

SWZ: Herr Saurer, das Sozialmanifest fordert mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Reichtum. Heißt das, dass höhere Einkommen in Ihren Augen noch stärker besteuert werden müssten und dass Sie für eine Vermögenssteuer plädieren?

Otto Saurer: Es ist sicher ein Ausgleich zu schaffen. Bezieher von ganz hohen Einkommen müssen einfach ihren Solidarbeitrag leisten – nicht, weil ich mich der Illusion hingabe, dass durch die entsprechenden Geldflüsse manche Staatsausgaben saniert werden könnten, sondern vielmehr, weil es sich um ein essenzielles psychologisches Signal für die einfachen Leute handeln würde.



Wo beginnen die „ganz hohen Einkommen“? Natürlich ist es schwierig, eine Grenze zu ziehen. Überhaupt ist die Diskussion schwierig, wie gerade die Reichensteuer in Frankreich zeigt, wo Wohlhabende ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. Aber wenn wir den sozialen Frieden erhalten wollen, müssen wir handeln. Die Diskussion wird derzeit in ganz Europa geführt.

Müssen auch Unternehmensgewinne höher besteuert werden? Unternehmer klagen, dass vom Bruttogewinn ohnehin bereits bis zu drei Viertel aus den Staat abgeführt werden müssen.

Es ist zweifelsohne wichtig sicherzustellen, dass sich die unternehmerische Tätigkeit noch lohnt. Wenn Unternehmer ihre Gewinne wieder in den Betrieb investieren, dann ist das eine sehr verantwortungsvolle Haltung, die es zu honorieren gilt. Unternehmensvermögen darf nicht mit dem Privatvermögen der Unternehmer gleichgestellt werden.

Auflagevermögen: Die Immobiliensteuer IMU ist eine Art Vermögenssteuer. Ist es wirklich gerecht, wenn Unternehmer für ihr „Arbeitswerkzeug“ – eine Industriehalle oder ein Hotel – mehrere Zehntausend Euro abführen müssen? Die IMU auf Betriebsvermögen ist problematisch. Arbeitsplätze sind ganz wesentlich für die gesellschaftliche Ent-

wickelung. Freilich wird schon heute bis an den Rand des Erträglichen unverteilt. In Italien nähert sich die Abgabenquote der 50-Prozent-Marke. Und trotzdem geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Versagt das Umverteilungssystem?

Da muss ich kategorisch widersprechen. Verantwortlich für die internationale Krise ist nicht unser Sozialsystem, sondern die Deregulierung der Märkte. Und leider hat die internationale Politik nach dem Absturz der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008 versagt, weil sie auf eine Rückkehr zu einer notwendigen Marktregulierung verzichtet hat. Auch Südtirols Sozialsystem hat nicht das Geringste mit den Krisensymptomen zu tun, die sich in der Wirtschaft bemerkbar machen.

Mag sein, aber unser Sozialstaat kostet sundhaft viel Geld. Einkommen werden mit hohen Steuern auf der einen Seite und unzulänglichen Beiträgen auf der anderen Seite mas-

gestellt, dass Südtirols Sozialsystem vergleichbar ist mit anderen Sozialsystemen im mitteleuropäischen Raum. Wir können also nicht behaupten, dass das Sozialsystem versagen würde. Problematisch ist vielmehr, dass Südtirol ein Hochpreisland ist, in dem die Unternehmen vielfach nicht jene Löhne zahlen können, welche notwendig wären. Der Tourismus ist hierzulande ein Wirtschaftsmotor, aber auch ein Preistreiber. Vergleichen wir doch das Nettoreinkommen einer Friseurin mit der Höhe der Wohnmieten.

Sie meinen also, die Unternehmer müssten ihre Mitarbeiter einfacher besser zahlen?

Ich will meine Feststellung keinesfalls als Vorwurf an die Unternehmen verstanden wissen. Ich bin mir bewusst, dass viele kleine Unternehmen angesichts der Konkurrenzsituation einfach nicht in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen, weil sie sonst in Schwierigkeiten geraten. Trotzdem wären Lokalverhandlungen auf Landesebene wün-

schenswert. In dieser Zeit können bildungsfremde Bevölkerungsschichten viel vermasseln. Meines Erachtens ist die Schaffung solcher Erziehungsstrukturen sinnvoller als die Verteilung von Finanzmitteln.

Sie orten auch in Südtirol vehementen Angriffe neoliberaler Politik auf die sozialen Errungenschaften. Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Wenn man Wirtschaftsentwicklung will, dann kann man nicht systematisch auf das Gesundheitswesen und die öffentliche Verwaltung einprädeln, wie dies von Unternehmensseite derzeit passiert. Die Qualität der Leistung ist es, was zählt.

Ist es wirklich „unsozial“, oder ist es schlicht und ergreifend gerecht, wenn alle Bereiche ohne Ausnahme – auch das Gesundheits- und Sozialwesen, die Verwaltung und die Bildung – nach Sparpotenzial durchforstet werden? Das Sozialmanifest spricht ja von „Gerechtigkeit“.

Für diese Bereiche fordern Wirtschaftswertvertreter nicht, dass nach Sparpotenzial gesucht wird, sondern sie fordern, dass gespart wird. Das ist ein kleiner Unterschied, ich würde mir wünschen, dass Unternehmervertreter einmal sagen, dass das Gesundheitswesen und eine gute Verwaltung ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sind. Sobald das geschieht, können wir den zweiten Schritt machen. Niemand wird sich dagegen wehren, dass auch in Gesundheitswesen und Verwaltung genau hingehaut wird, um die Kosten von externen Fachleuten inakzeptabel zu begrenzen, wenn den beiden Bereichen pauschal vorgeworfen wird, dass sie zu viel kosten. Vielleicht sind Rationalisierungen ohne Qualitätsverlust möglich, aber mir scheint, dass da von mancher Seite viel zu hohe Erwartungen geschürt werden. Wir müssen solche Diskussionen gemeinsam führen.

Was meinen Sie damit? Mögliche Einsparungen bzw. Rationalisierungen sind gemeinsam mit der Bevölkerung und den Sozialpartnern

Expertenforum in Bruneck am 1. Februar

Demografie und Familie

Bruneck – „Demografische Veränderungen in Südtirol“ und „Das neue Familiengesetz in Diskussion“ – das sind die Themen, um die es am Freitag, 1. Februar, beim Expertenforum des Bündnisses für Familie geht. Über die demografischen Veränderungen in Südtirol, im Speziellen im Pustertal, spricht die

Amstdirektorin des Bundes für Statistik, Johanna Plasinger-Scharezzini. Zum neuen Familiengesetz sowie dessen Stärken und Schwächen sind Impulsreferate und Stellungnahmen von Vertretern des IV, Gesetzgebungsausschusses vorgesehen, unter anderem von der Vorsitzenden des Ausschusses Veronika Stimer-Branisch, von Riccardo Delio Sberba, Andreas Pöder und Martha Stocker.

Warum die beiden auf den ersten Blick so unterschiedlichen Themen auf der Agenda einer einzigen Veranstaltung stehen, erklärt Ingrid Pörthbacher, Koordinatorin des Bündnisses für Familie: „Demografische Veränderungen formen und bestimmen Gesellschaften genauso wie politische Maßnahmen, sprich Gesetzgebungen.“

Das Expertenforum findet am 1. Februar von 16.30 bis 19 Uhr im Forum der Raiffeisenkasse Bruneck/4. Stock statt.

Informationen: www.bivp.it

ANCREL Südtirol

Bestätigter Präsident

Bozen – Andrea Gröbner bleibt Präsident der Sektion Südtirol der gesellschaftlichen Vereinigung der Rechnungsprüfer für Gesellschaftspersonen ANCREL. Vizepräsident ist Karl Florian, Sekretär und Schatzmeister Nicoletta Macchiorin und Rechnungsprüfer Giuseppe Sericchi. Weitere Vorstandsmitglieder sind Peter Glara, Martina Ja Villa, Francesca Pasquati, Giovanni Romano und Karl Wellhöfer.

Ziel und Zweck der ANCREL Südtirol ist die Förderung und Verbreitung der Revisionsprinzipien im gesamten öffentlichen Bereich. Derzeit zählt die Vereinigung 83 Mitglieder. Auch für die neue Amtsperiode ist eine enge Zusammenarbeit mit der Kammer der Wirtschaftsprüfer in Bozen und in Trento geplant, heißt es in einer Aussendung.